

Politik & Wirtschaft

Ueli Maurers Geheimtreffen sorgen für Unmut

CS-Untergang Gegen den Ex-Finanzminister sind neue Vorwürfe publik geworden. Politiker wollen den PUK-Bericht abwarten – und gehen von gravierenden Fehlern im Finanzdepartement aus.

Beatrice Bösiger

Man solle die Credit Suisse erst einmal in Ruhe arbeiten lassen: «Ich bin der Meinung, dass die CS die Kurve schaffen wird», sagte der da malige Finanzminister Ueli Maurer kurz vor seinem Rücktritt im Dezember 2022 dem Schweizer Fernsehen. Die Beruhigungspille des Ex-Finanzministers nützte bekanntlich nichts. Im März des Jahres 2023 kam es zur Notübernahme der Credit Suisse durch die UBS. Rückblickend erstaunen Maurers Aussagen bei SRF umso mehr. Wie die «SonntagsZeitung» berichtet, war er in die Diskussionen rund um den Untergang der CS involviert.

So kam es zwischen Oktober und Dezember 2022 regelmässig zu Geheimtreffen zwischen Maurer, SNB-Chef Thomas Jordan und CS-Präsident Axel Lehmann. Das geht aus dem Entwurf des Berichts der parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) hervor, zu dem die befragten Personen momentan ihre Stellungnahmen abgeben können. Geplant ist die Veröffentlichung des vollständigen Berichts im November.

Scharfe Kritik von Grünen

Vorher wollen sich die Parteien nicht zu den Vorwürfen äussern. Das teilt etwa Mitte-Präsident Gerhard Pfister mit. FDP-Präsident Thierry Burkart will ebenfalls erst zum fertigen Bericht Stellung nehmen. Auch die SP kommentiert die Details des Artikels nicht. «Es würde mich jedoch überraschen, wenn die PUK nicht zu dem Ergebnis kommt, dass es sowohl unter Ueli Maurer als auch bei der Übernahme der CS durch die UBS unter Karin Keller-Sutter im Finanzdepartement zu gravierenden Fehlern gekommen ist», sagt Co-Präsident Cédric Wermuth.

«Zu welchem Schluss der Bericht kommt, ist noch nicht sicher», sagt Thomas Aeschi, Fraktionschef der SVP. Die Kommission beschäftigte sich in erster Linie mit der Rolle der Finanzmarktaufsicht (Finma). Das sei die entscheidende Behörde beim Untergang der CS gewesen. Sich jetzt schon zum Bericht zu äussern, sei jedoch zu früh, solange dieser noch nicht vollstän-



Ex-Finanzminister Ueli Maurer soll sich über Abmachungen und Gremien hinweggesetzt haben. Foto: Anthony Anex (Keystone)

«Offensichtlich funktioniert die Zusammenarbeit zwischen Finma, Finanzdepartement und SNB nicht so, wie sie sollte.»

Yvan Lengwiler
Wirtschaftsprofessor

dig vorliege. Von den Grünen kommt dagegen scharfe Kritik: «Sollten sich die Aussagen auch im definitiven PUK-Bericht bestätigen, würde das ein sehr schlechtes Licht auf Ueli Maurer werfen», sagt Nationalrat Gerhard Andrey. Er halte es für gra-

vierend, wenn in einer für die gesamte Schweizer Volkswirtschaft derart gefährlichen Situation intransparent mit taktischem Freistil geführt werde und wichtige Zusammenarbeitsregeln des Bundesrates ignoriert würden. «Letztlich wird mit solchem Verhalten das Funktionieren der Institutionen bei der Bewältigung der Krise gefährdet», sagt er.

Die Zusammenarbeit zwischen dem Finanzdepartement, der SNB und der Finma ist in einer Absichtserklärung geregelt. Diese wurde im Nachgang der Finanzkrise geschaffen und 2019 erneuert. Für Finanzkrisen wird darin unter anderem das sogenannte Lenkungs-gremium definiert. Dieses setzt sich aus dem Finanzminister, der das Gremium leitet, und den Präsidenten von Nationalbank und Finma zusammen. Es ist für Koordination und allfällige Interventionen in einer Krise zuständig. Maurer hat sich über die in der Absichtserklärung definierten verbindlichen Abmachungen hinweggesetzt. So würden von den Treffen keine Protokolle existieren. Marlene Amstad, Präsidentin der Finma, sei nur bei einem der Treffen dabei gewesen.

Starke Regulierung gefordert

«Offensichtlich funktioniert die Zusammenarbeit zwischen der Finma, dem Finanzdepartement und der SNB nicht so, wie sie sollte», sagt Yvan Lengwiler, Wirtschaftsprofessor an der Universität Basel. Überrascht habe ihn, dass Finma-Präsidentin Amstad nur einmal bei einem solchen Treffen dabei gewesen sei. «Solche Geheimtreffen sind Ausdruck einer informellen und schwachen Struktur, die im Krisenfall zu Problemen führt», sagt

er. Im Herbst 2023 untersuchte er im Auftrag des EFD gemeinsam mit einer Expertengruppe den Reformbedarf nach dem Untergang der CS. Darin kamen sie zum Schluss, dass die Zusammenarbeit bei einer Finanzkrise in der Schweiz nur sehr oberflächlich geregelt ist. Lengwiler: «Für die Zukunft braucht es etwas, das deutlich stärker ist als eine Absichtserklärung.»

Das würde die Glaubwürdigkeit der Schweizer Behörden in einer nächsten Bankenkrise stärken. Denn verglichen mit anderen Ländern ist die Zusammenarbeit der Behörden bei der Sanierung einer Bank hierzulande nur sehr wenig definiert. In den USA etwa müssten drei Behörden unabhängig voneinander zustimmen, damit dieser Prozess überhaupt eingeleitet werden kann.

Das Ende der Credit Suisse wird verfilmt

Nach Dutzenden Interviews und Hintergrundgesprächen, nach endlosen Geschichten über Gier und Korruption und Missmanagement, nach einer Reise nach Moçambique, wo kriminelle Banker ein ganzes Land in den Abgrund stürzten, dachte Simon Helbling: «Es ist ja alles noch viel schlimmer.» Der Filmregisseur spricht von der Grossbank Credit Suisse, die am 19. März 2023 bankrott gegangen ist, aufgekauft von der Erzfeindin UBS.

Helbling ist vor allem für «The Pressure Game» bekannt, eine Doku-Serie über die Schweizer Fussball-Nati. Nun wechselt er aus der Sportwelt ins Banking: Er rollt den Zusammenbruch der CS im Detail auf. Es entsteht eine mehrteilige Serie sowie ein Film, der im Frühjahr ins Kino kommt.

«Diese kriminelle Energie»

An seiner Seite hat Helbling Arthur Rutishauser, Chefredaktor der «SonntagsZeitung». Der Wirtschaftsjournalist fungiert als Experte, der die Geschehnisse einordnet. Auf seinen Recherchen und Kontakten baut das Projekt auf. «Am Ende will ich es einfach ganz genau wissen», sagt Rutishauser. Wie konnte alle zuschauen, während eine Grossbank abrutschte? Woher kam die kriminelle Energie, die sich in der Geschichte immer wieder zeigt? Diese Fragen hätten sie interessiert, sagen die beiden.

Hinter dem Projekt stehen das Medienhaus Tamedia, dem auch diese Redaktion angehört, und die Produktionsfirma Contrast Film. Das Filmprojekt wird auch aus Lex-Netflix-Geldern finanziert. Das Gesetz verpflichtet Streaming-Anbieter, einen Teil ihrer Investitionen in der Schweiz zu tätigen. In Bundesbern läuft noch immer eine Untersuchung zur CS. Eine sogenannte parlamentarische Untersuchungskommission soll aus politischer Sicht aufklären, wie es zum Desaster kommen konnte. Der grosse Abschlussbericht wird gegen Ende Jahr erwartet. (ms)

«Sparen ist nicht alternativlos» – SP fordert Investitionen

Bund Finanzministerin Karin Keller-Sutter will sparen. Bald gibt es dazu Vorschläge. Nun prescht die SP mit eigenen Ideen vor.

Diese Woche geben die Bundesfinanzen zu reden. Erwartet werden Sparvorschläge einer Expertengruppe, die Finanzministerin Karin Keller-Sutter (FDP) eingesetzt hat. Die Gruppe unter Serge Gaillard, dem ehemaligen Chef der Finanzverwaltung, hatte den Auftrag, die Aufgaben und Subventionen des Bundes unter die Lupe zu nehmen. Sie soll dem Bundesrat Vorschläge machen, wie der Bundeshaushalt entlastet werden kann. Um Milliarden.

Als Keller-Sutter die Gruppe einsetzte, rechnete der Bund mit Fehlbeträgen von bis zu 4 Milliarden Franken. Gemäss aktueller Schätzung sieht es besser aus. Das Minus bleibt aber: Ab 2027

droht ein Fehlbetrag von 2,5 Milliarden. Das lassen die geltenden Regeln der Schuldenbremse nicht zu. Keller-Sutter will die Defizite zum Verschwinden bringen.

Noch bevor Gaillards Vorschläge auf dem Tisch liegen, schlägt die SP ein Gegenkonzept vor. «Sparen ist nicht alternativlos», sagt SP-Nationalrätin Sarah Wyss. Fraktionskollegin Tamara Funicello findet, die Erzählung der Finanzministerin sei «ideologisch geprägt». Die Finanzpolitikerinnen und -politiker der SP haben ein alternatives Konzept entworfen, das die sozialdemokratische Fraktion am Wochenende verabschiedet hat: Die SP will nicht nur bei den

Ausgaben ansetzen, sondern auch bei den Einnahmen. Das Ziel: Spielraum schaffen für Zukunftsinvestitionen.

Weniger Geld für die Armee

Auf der Ausgabenseite stellt die SP das geplante starke Wachstum der Armeeausgaben infrage. Das Loch in der Bundeskasse sei primär darauf zurückzuführen, hält die Partei fest. Der Bundesrat sieht im Finanzplan eine Erhöhung der Armeeausgaben auf ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts bis 2035 vor. Das Parlament will das Ziel bereits 2030 erreichen. Die SP will hingegen beim ursprünglichen Wachstumspfad bleiben. Gemäss Recherchen der

«NZZ am Sonntag» schlägt die Expertenkommission ebenfalls ein langsames Wachstum der Armeeausgaben vor.

Auf der Einnahmenseite will die SP Steuerabzugsmöglichkeiten streichen, Steuererleichterungen für Unternehmen rückgängig machen – und neue Steuern einführen. Die Knappheit der Bundesfinanzen sei nicht naturgegeben, sondern die Folge «ideologischer blinder Flecken der rechten Mehrheit», schreibt sie.

Konkret schlägt die SP eine Vermögenssteuer auf Bundesebene vor – mit Einnahmen von 2,2 Milliarden Franken. Auch eine Bundeskapitalsteuer für Unternehmen – wie es sie bis 1998 gab

– soll wieder eingeführt werden. Schliesslich wollen die Sozialdemokraten nach wie vor die Schuldenbremse «modernisieren». Die Schweiz habe eine rekordtiefe Schuldenquote und wolle diese auch noch senken, sagt Sarah Wyss. Das verhindere Investitionen. Die Schweiz sollte statt einer Reduktion eine Stabilisierung der Schuldenquote anstreben und Kreditreste nicht für den Schuldenabbau verwenden.

Mit diesen und weiteren Massnahmen kommt die SP auf zusätzliche 16,5 Milliarden Franken pro Jahr. Sie sieht somit ausreichend Spielraum für die Finanzierung «zentraler gesellschaftspolitischer Anliegen».

Für neue Steuern dürfte sich keine Mehrheit finden. Tamara Funicello sagt: «Die Bürgerlichen sagen immer, das sei nicht mehrheitsfähig. Aber sie haben es in der Hand.»

Die SP-Nationalrätin erinnert an Aussagen bürgerlicher Politiker, etwa jene von Mitte-Fraktionschef Philipp Bregy. Er sprach sich vor kurzem für eine Finanztransaktionssteuer aus. Die SP zeige nun, wie sich diese verwirklichen lasse, sagt Funicello. Wenn die Vorschläge der Expertengruppe erst da sind, dürften Vorschläge aus allen politischen Richtungen kommen.

Charlotte Walser